



Haushalt



Seite 4-5

Krankenhaus Prenzlauer Berg



Seite 6

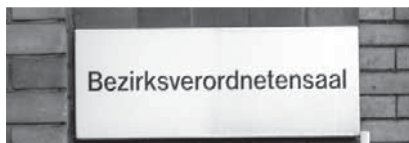
Parteiprogramm



Seite 7

Aus BVV und Ausschüssen

Vom Schließen, Öffnen und Stoppen



Die 11. und 12. Tagungen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in 2007 hatten es in sich.

So hat die BVV der Beschlusslage über den Doppelhaushalt 2008/2009 folgend die Auflösung von zwei Bibliotheken (Kurt-Tucholsky Bibliothek im Bötzw-Viertel und Bibliothek im Eliashof im Helmholtzplatz-Kiez) beschlossen. Dies war die unausweichliche Konsequenz der Sparauflagen des Senates im Bereich Personal. Somit hat der Bezirk Pankow noch sieben Bibliotheken. Nach Einschätzung des Landesrechnungshofes sind das allerdings immer noch zuviel. Wenn es nach ihm ginge, wären wir mit drei Bibliotheken ausreichend versorgt. In der 11. Tagung der BVV waren denn auch zahlreiche BürgerInnen der Initiative „pro Kiez“ aus dem Bötzwviertel anwesend, die die Bürgerfragestunde nutzten, um den Bezirksverordneten die Konsequenzen der zu fällenden Entscheidung deutlich zu machen. Manche/r von

uns Linksfraktionären hätten sich in dieser Situation liebend gern auf die Seite der Initiative geschlagen, rannten diese doch mit ihren Argumenten offene Türen bei uns ein. Als Bezirksverordnete blieb uns aber nichts übrig, als aus nackten Zahlen bittere Konsequenzen zu ziehen.

Bündnis 90/Die Grünen nutzten die Lage, um dem „roten Block“ ein weiteres Mal Staatsfixierung deshalb vorzuwerfen, weil wir nicht bereit waren, öffentliche Bibliotheken ohne Weiteres in ehrenamtliche Hände zu legen und damit öffentliche Aufgaben auf ehrenamtlich Engagierte abzuladen. Es wäre politisch ein fatales Zeichen in die Senatsfinanzverwaltung gewesen, mit dem Schließungsbeschluss sogleich ein Konzept über die ehrenamtliche Weiterführung des Bibliotheksbetriebes vorzulegen. Denn das unvermeidliche Echo wäre klar: Na seht ihr, es geht doch auch ohne Geld. Positiv zu vermelden ist, daß einem gemeinsamen Antrag von SPD und Linke. folgend, die BVV die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in der Karl-Friedrich-Schinkel Realschule in der Erich-Weinert Straße beschlossen hat verbunden mit der

Auflage, die Interessen der derzeitigen SchülerInnen dabei unbedingt zu beachten.

Die letzte Sitzung des Jahres am 19. Dezember stand ganz im Zeichen einer Auseinandersetzung zum Verlauf der Baumaßnahmen in der Wörtherstraße am Kollwitzplatz. Dort wurden munter Maßnahmen im Straßenbereich zur Verkehrsführung in einer Art und Weise realisiert, die so von der BVV nie beschlossen wurden. Hier haben sich Strukturen von Verwaltung und Sanierungsträger S.T.E.R.N. anscheinend selbstständig und selbst ermächtigt Entscheidungen zu treffen, die ihnen nicht zustehen. Dem haben eine Reihe von Anfragen und Anträgen von Linksfraktion und SPD durch vorläufige Aussetzung der Baumaßnahmen zunächst einen deutlichen Riegel vorgeschoben. Die Rolle des verantwortlichen Stadtrates Jens-Holger Kirchner von den Bündnisgrünen in dem Fall ist noch nicht ganz klar. Wolfram Kempe (DIE LINKE.) wird es zu danken sein, wenn hier die Dinge wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Sören Benn
Bezirksverordneter

Traubenkirschen in der Umweltzone



Im Ausschuss für Umwelt und Natur wurde über die Traubenkirschen intensiv diskutiert. In den siebziger Jahren wurden diese Bäume im Gleimviertel und der Bremer Höhe gepflanzt. Heute sollen sie nun größtenteils wegen „Gefahr im Verzug“ gefällt werden. Diese Verlustsituation wird noch durch die fehlenden finanziellen Mittel für Nachpflanzungen verschärft.

Mehrere Bürgerinitiativen setzten sich daher für den Erhalt der Bäume ein. Das Bezirksamt verweist dagegen auf die Standunsicherheit der Bäume und auf seine Verantwortung für die Verkehrssicherheit im öffentlichen Straßenland.

Im Ausschuss wurden diese Standpunkte in turbulenter Diskussion und anhand mitgebrachter Wurzelreste ausgetauscht. Wir, die Linksfraktion, setzten uns für die Einbeziehung der Bürger bei der Gestaltung des Stadtgrüns ein. Mittlerweile werden in einer Arbeitsgruppe zwischen Bezirksamt, Bürgerinitiative und dem Ausschuss die aktuellen Probleme besprochen. Das Urteil eines von Allen anerkannten Gutachters soll helfen, eventuell erneut auftretende Problemfälle zu klären. Die Bürgerinitiative hat angeboten, bei Neupflanzungen und Grünpflege zu helfen. Der Schutz der Bäume kann helfen, das Klima

in der nun neuen innerstädtischen Umweltzone zu verbessern.

Komplizierter ist die Situation bei den Fahrzeugen des Bezirksamtes, die künftig noch in die Umweltzone fahren dürfen. Eine Kleine Anfrage der Linksfraktion ergab, dass nur vier von über 70 Fahrzeugen eine grüne Plakette und mehr als die Hälfte gar keine Plakette haben. Für Neuanschaffungen von KFZ sind keine Mittel vorhanden und mit Auslaufen der Sonderkonditionen im Jahr 2010 müssen ca. 30 KFZ ersetzt werden. Die Bezirksverordnetenversammlung hat auf unseren Antrag hin beschlossen, dass sich das Bezirksamt dafür einsetzen soll, dass die aus der Einführung der Umweltzone entstehenden Kosten für Umrüstung bzw. Investitionen zur Ersatzbeschaffung durch den Senat übernommen werden sollen.

Axel Bielefeldt
Bezirksverordneter

Bezirkshaushalt: Intransparentes Finanzsystem muss weg

Kulturabbau und Kuratel

extraDrei sprach mit Bezirksstadtrat Dr. Michail Nelken (LINKE) zum Bezirkshaushalt:

Du hast in der Vergangenheit hörbar Kritik am Umgang des Senats mit den Bezirken geübt. Warum?

In der Regierungszeit von Rot-Rot wurden mittels intransparenter Finanzierungsmechanismen die kommunalen Leistungen für die Bürger vor allem in den Bereichen Jugend, Kultur, Bildung und Soziales einschneidend abgebaut.

Das an betriebswirtschaftlichen Steuerungsmechanismen angelehnte, von Schwarz-Rot auf den Weg gebrachte Finanzsystem - Budgetierung von Produkten in einer Kosten-Leistungs-Rechnung - entzieht die Entscheidungen über staatliche Aufgaben und Leistungen dem Meinungs- und Willensbildungsprozess der politisch verantwortlichen Gremien. Es wurde ein regelrechter Wettbewerb im Leistungsabbau in Gang gesetzt, bei dem die Bezirke, die schneller Kultur- und Sozialeinrichtungen schließen, „belohnt“ werden. Die Bezirke werden in der Folge der Haushaltspolitik von Rot-Rot ihrer politischen Handlungsfähigkeit beraubt.

Wofür haben sich die Bezirksvertreter der Linken in den Haushaltsberatungen eingesetzt?

DIE LINKE bemühte sich in den Haushaltsverhandlungen um Schadensbegrenzung.

Aufgrund der guten Zusammenarbeit der Mandatsträger der Linken auf Bezirks und Landesebene kam es zu Nachbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der Senatsfinanzverwaltung.

Dabei standen die unangemessenen Kürzungen der Personalmittel, die Zubilligung zusätzlicher Mittel für die Bewältigung neuer Aufgaben und die auskömmliche Finanzausstattung für die gesetzlichen Sozialleistungen im Vordergrund

Da der Bezirk Pankow die Sparrauflagen der Senatsfinanzverwaltung nicht erfüllen kann, kommt in Pankow vermutlich ab

Mai 2008 die vorläufige Haushaltswirtschaft. Mit welchen Konsequenzen?

Pankow hat sich bei der Haushaltsplanaufstellung entschlossen, die „Altschulden“ nicht länger tilgen zu wollen. Denn egal, wie viel gespart wurde, die Finanzverwaltung machte aus Gespartem immer noch mehr Schulden. Deshalb haben sich Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung (BVV) entschlossen, „nur“ einen ausgeglichenen Haushalt über die laufenden Einnahmen und Ausgaben aufzustellen. Das wollte die Senatsfinanzverwaltung nicht akzeptieren, aber der Haupt-



ausschuss des Abgeordnetenhauses hat auf Druck der Linkspartei anders entschieden. Dies wurde aber mit der Auflage verbunden, bis Mai 2008 ein neues Konsolidierungskonzept nachzureichen, das zusätzlich 5,6 Millionen Einsparungen vorsieht. Wenn der Bezirk diese Auflage nicht erfüllt, wird er unter Haushaltskuratel der Finanzverwaltung gestellt. Das bedeutet, dass nur noch Ausgaben getätigt werden, die sich aus gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen ableiten. Dies hat negative Auswirkungen in der Kultur-, Jugend- und Bildungsarbeit sowie bei den Sozialleistungen, die nicht unmittelbar gesetzlichen Regelungen entspringen.

Wenn der Bezirk der Auflage folgte und in Millionenumfang zusätzlich Ausgaben streichen würde, wäre

das Resultat das gleiche. Aus meiner Sicht muss sich der Bezirk den Kahlschlagsforderungen von Senat und Abgeordnetenhaus verweigern und kann nur Einsparungen anbieten, die keinen weiteren Abbau von Leistungen für die Bürger zur Folge haben.

Welche Auswirkungen hat der Haushalt auf das Dir unterstellte Kulturressort? Blutet die Bezirkskultur jetzt vollständig aus?

Der vom Bezirk beschlossene Haushalt beinhaltet bereits Einschnitte im Kulturbereich, so den Stellenabbau bei der Musikschule und der Stadtbibliothek sowie die damit verbundene Schließung von zwei Bibliotheken in Prenzlauer Berg. Allerdings setzt der Haushaltsbeschluss der BVV auch Zeichen, dass es mit dem Kulturabbau so nicht weitergeht. So wurden für die Musikschule Honorarmittel eingestellt.

Wenn dieser Haushalt vom Senat und dem Abgeordnetenhaus akzeptiert würde, dann könnte in der Bezirkskultur eine Konsolidierung auf dem jetzt abgesenkten Niveau eintreten. Bestehen sie auf zusätzliche Millionen Kürzungen, dann geht der Kulturabbau weiter.

Was wäre aus Deiner Sicht eine Variante zur gegenwärtigen Politik des ewigen „Immer auf die Kleinen“?

Die Linke muss für ein Moratorium hinsichtlich der Finanzausstattung der Bezirke eintreten: Die Haushaltspläne aller Bezirke müssen anerkannt werden. Die Konsolidierungsaufgaben hinsichtlich so genannter Altschulden müssen bis zur generellen Veränderung des Finanzierungssystems ausgesetzt werden und die Bezirke müssen für gesetzliche Aufgaben, wie Sozialleistungen, auskömmlich ausgestattet werden. Mehrausgaben sollen vom Senat übernommen werden, die Bezirke dürfen nicht darauf sitzen bleiben. DIE LINKE sollte die grundlegende Korrektur der Bezirksfinanzierung zur Existenzfrage der Koalition erklären.

Interview: Andreas Bossmann

Haushalt

Ende der Fahnenstange



Geschlossene Bibliotheken und zusammengestrichene Musikschulen, Protest wegen zu geringer Mittel für den Kinderschutz und die Kontrollen der Umweltzone - Berlins Bezirke haben in den vergangenen Monaten ihre Unzufriedenheit deutlich gemacht.

Wieder war die Rede vom Ende der Fahnenstange, aber anders als früher verhalte sie nicht ungehört. Denn: Die Bezirke haben Recht, wenn sie darüber klagen, dass sie immer mehr Aufgaben wegen neuer Gesetze bewältigen müssen und sie dafür zu wenig Personal haben. Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus nimmt die Sorgen der Bezirke ernst.

Im Sommer waren die Fraktionsvorsitzende Carola Bluhm und der haushaltpolitische Sprecher Carl Wechselberg vor Ort, auch hier in Pankow bei Bürgermeister Köhne (SPD), um sich ein Bild zu machen. Letztlich war klar: Nur ein Teil der Probleme wird in den Haushaltberatungen im Herbst lösbar sein.

Nach intensiven Debatten besteht zwischen Linken und SPD nun Einigkeit darüber, dass das bisherige Zumessungssystem für die Bezirke nicht transparent ist und ersetzt werden muss. Dazu gehört auch die Debatte um die sogenannten Altschulden.

Für den Haushalt 2008 konnte die Linke mit der SPD folgendes verabreden: Entgegen der Praxis der vergangenen Jahre wurde in den Bezirken, die nicht den Anforderungen der Senatsfinanzverwaltung entsprechen, keine vorläufige Haushaltswirtschaft verhängt.

Pankow erhält bis zum 8. Mai 2008 die Gelegenheit, auf der Basis des von der Bezirksverordnetenversammlung beschlossenen Bezirkshaushalts mit der Landesebene eine Verabredung über den Umgang mit den "Altschulden" zu erzielen.

Weitergehende Einzeleingriffe in die Bezirkshaushalte, die die Senatsverwaltung für Finanzen den Abgeordneten vorgeschlagen hat, wurden durch die Koalition abge-

lehnt. Das ist - gemessen an der Haushaltssituation in Pankow - nicht viel. Aber es ist eine Menge, gemessen an dem, was in vergangenen Haushaltsberatungen überhaupt an Vorschlägen des Finanzsenators zurückgewiesen wurde.

Zudem konnten noch Verbesserungen bei der Ausstattung der Ordnungsämter, des Kinderschutzes, der Jugendhilfe, der Baufinanzierung, bei den Gammelfleischkontrollen und der Finanzierung der Schuldnerberatungen erreicht werden. Damit wurden die meisten Forderungen der Linkspartei in der Koalition durchgesetzt.

Die größere Herausforderung, nämlich in der LINKEN Berlin einen Vorschlag für ein neues, transparenteres und politisch steuerbareres Zumessungssystem zu erarbeiten, liegt vor uns. Nicht für Pankow, sondern für eine gerechte und transparente Finanzierung aller Berliner Bezirke.

Stefan Liebich
Abgeordneter

Billigeres Schulesen



Trotz der verlorenen Klage vor dem Bundesverfassungsgericht hat Berlin nun einen ausgeglichenen Haushalt.

Wir haben im Dezember 2007 einen Haushalt im Abgeordnetenhaus von Berlin beschlossen, der Integration und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt und in dem die Referenzprojekte der Linken verankert sind. 10.000

sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Stellen für Langzeitarbeitslose im Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) konnten ausfinanziert werden. Mit der Reform des Schulsystems beginnen wir und haben für die Einführung der Gemeinschaftsschule 20 Millionen Euro bereitgestellt. Kinderarmut wollen wir eindämmen und den Kinderschutz stärken.

Das Mittagessen in den Grundschulen wird in Zukunft mit 41 Millionen Euro subventioniert. Damit reduziert sich der Elternbeitrag etwa um die Hälfte auf 23 Euro. Ein Starterpaket mit den notwendigen Lernmaterialien für Schulanfänger, deren Eltern ein geringes Einkommen haben, wird eingeführt. Der Familienpass wurde aufgestockt und die Mittel für die Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen erhöht.

Wir haben Mittel bereitgestellt, um die Teilnahme der Kinder an

den Vorsorgeuntersuchungen verbindlicher zu gestalten und jedes Jugendamt erhält zwei zusätzliche Stellen für die Koordinierung des Kinderschutzes. Wie bisher, wollen wir gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vorgehen.

Die Landesmittel haben wir in 2008 um 400.000 Euro und in 2009 um 500.000 Euro erhöht.

So kann die Arbeit entsprechender Projekte und Strukturen abgesichert und intensiviert werden. Die so genannten Mütterkurse, in denen Migrantinnen Sprachunterricht bekommen, werden mit 400.000 Euro mehr verstärkt und werden nun in allen Bezirken angeboten und nicht mehr nur in den Innenstadtbezirken.

Die Bezirke erhalten zudem 500.000 Euro zusätzlich zur Verbesserung der Aufgaben für die Schuldnerberatung.

Elke Breitenbach
Abgeordnete

Bibliotheken und Jugendhilfe unter Spardruck

Not im Jugendamt

extraDrei sprach mit Christine Keil, Stadträtin für Jugend und Immobilien, Stellv. Bürgermeisterin von Pankow (DIE LINKE.):

In der Septemбераusgabe hast Du in extraDrei über die Probleme in Deinem Bereich informiert. Wie stellt sich nun nach der Verabschiedung des Haushaltes für 2008/2009 die Situation dar?

Bis zur Verabschiedung des Haushalts durch das Abgeordnetenhaus gab es noch heftige Auseinandersetzungen der Bezirke mit dem Senat, insbesondere mit dem Senator für Finanzen und mit Abgeordneten im Abgeordnetenhaus.

Abgeordnete und Bezirkspolitiker unserer Partei haben hier um Positionen gerungen, die einerseits den Bezirken etwas Luft verschaffen und andererseits gegen den Finanzsenator und die SPD in der Koalition durchsetzbar sind.

Das Ergebnis ist ein minimaler Teilerfolg für die Bezirke. Für Pankow ein Aufschub bis zur Umsetzung der weiteren Sparvorgaben und die sind klar benannt: für 2008 5,8 Millionen Euro und für 2009 5,3 Millionen Euro. Zu den Teilerfolgen gehören auch Festlegungen für meinen Jugendbereich. Zwei zusätzliche Stellen pro Bezirk für Kinderschutzaufgaben, 4,2 Mio Euro für die Bezirke für die Jugendhilfe, u.a. zur Entwicklung einer unterstützenden Software. In der Septemбераusgabe der extraDrei hatte ich über die Finanzzuweisung für „Hilfen

zur Erziehung“ berichtet. Durch Umverteilung der Mittelzuweisung zwischen den Bezirken erhält Pankow zusätzlich 1,3 Mio. Euro. Das sind aber immer noch weniger Mittel für die Unterstützung von hilfesuchenden Familien bis hin zur Unterbringung und Pflege von Kindern außerhalb der Familie als im Jahr 2006 und ganz sicher nicht ausreichend.

Welche Konsequenzen werden die Einschränkungen im Leistungsbereich bei der Betreuung von Familien und Kindern haben?

Alle Familien, Kinder, Jugendliche erhalten die ihnen gesetzlich zustehende geeignete und notwendige Hilfe. Es kommt also auch im Jahr 2008 darauf an, dass alle Berliner Jugendstadträte deutlich machen, dass es unehrlich ist, von Unterstützung für Familien und mehr Kinderschutz zu reden, und dann die Bezirke mit dem Haushaltsdefizit allein zu lassen. Wir brauchen am Jahresende einen Ausgleich für das Defizit an dieser Stelle.

Wie kannst Du als linke Stadträtin mit den Verlusten in der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche umgehen und welche Alternativen versuchst Du zu entwickeln?

Ich bereite gerade einen Vorschlag für die Januar-Beratung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss vor. Priorität hat ein Modell, das ohne

Schließung bzw. Abgabe von Standorten an den Liegenschaftsfonds auskommt. Vorgeschlagen werden die Übertragung der Arbeit an freie Träger, gemeinsamer Betrieb von Einrichtungen durch Bezirk und freien Träger und die Übergabe als Familienzentrum. Nach derzeitigen Stand sind das Veränderungen für sechs Einrichtungen, finanziert aus Personalmitteln für nichtbesetzbare Stellen und Drittmitteln für Familienzentren.

Für Dich und Deine MitarbeiterInnen ist die Situation sicher frustrierend. Wie werdet ihr die neue Situation meistern und was erwartest Du von Deiner Landesregierung?

Es waren sehr viele Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen erforderlich, um einfach die Nöte in meiner Abteilung zu hören. Gemeinsam überlegten wir, wie die Arbeit organisiert werden kann, um trotz Personaleinsparungen die wichtigsten Aufgaben erfüllen zu können. Dabei ging es auch darum festzulegen, was in Zukunft nicht mehr geleistet werden kann.

Von meiner Landesregierung erwarte ich, eine andere Ernsthaftigkeit im Umgang mit den Bezirken. Die zwölf Bezirke sind Berlin. Die Landesregierung hat Verantwortung dafür, dass die Bezirke ihre vielen Aufgaben für die Menschen erfüllen können.

Fragen: Renate Tepper



Der Bedarf bleibt

„Kultur gehört vor allem dort hin, wo die Menschen leben, in den Kiez, in die Bezirke!“ Unter diesem Motto gründete sich im November letzten Jahres die Bürgerinitiative „Pro Kiez“ im Bötzwiertel. Ihr erklärtes Ziel war es, sich gegen die anstehenden Schließungen der Bibliotheken Esmarchstraße und Eliashof zur Wehr zu setzen, denn diese Schließungen reihen sich ein in den Sparzwang, dem sich der Bezirk Pankow ausgesetzt sieht. In gemeinsamer Anstrengung stellte die Initiative eine Reihe bunter Aktionsformen vor, so zum Beispiel die

als öffentliche Kulturveranstaltung organisierte „Kulturbesetzung“. In ihrer Regie konnten sie eine Reihe Künstler und Künstlerinnen gewinnen, die durch ihren ehrenamtlichen Auftritt die Bedeutung regionaler Kultur unterstrichen. Lesungen, Musik und Filme wurden umsonst dargeboten und machten schmerzhaft bewusst, was verloren gehen wird. Ende Dezember kam es trotz allem, trotz Widerstand, trotz Unterschriftenübergabe an das Abgeordnetenhaus, trotz „Kulturbesetzung“ zur Schließung der Bibliothek im Eliashof und der Kurt-Tucholsky-

Bibliothek. Dennoch: Der Bedarf bleibt. Allein aufgrund der zunehmenden Armut ist die Gesellschaft auf Bibliotheken angewiesen. Und so bleibt auch vorerst die Initiative bestehen und denkt auch darüber nach, ob und wie Bibliotheken gesichert werden können, wenn sich der Staat aus der Verantwortung zurückzieht.

Interessenten, die sich an der Initiative beteiligen möchten, Kulturschaffende und Kulturgenießer können sich unter <http://prokiez.wordpress.com/> näher informieren.

Lena Tietgen

Aus dem Bezirk

Krankenhaus soll bleiben



Das Krankenhaus Prenzlauer Berg ist mit knapp 210 Betten das kleinste unter den neun ehemals städtischen Krankenhäusern, die im Krankenhauskonzern Vivantes zusammengeschlossen sind.

Nach vielen Umstrukturierungen, die vor allem durch das große Engagement der Beschäftigten getragen wurden, schreibt die Klinik schwarze Zahlen und zählt zu den wirtschaftlichsten Häusern des Un-

ternehmens. Dennoch überraschte die Geschäftsführung des Konzerns die Mitarbeiter und die Öffentlichkeit Anfang Dezember mit der Ankündigung, die stationäre Versorgung am Standort Prenzlauer Berg zu Beginn des Jahres 2008 aufzugeben und das Krankenhaus in ein ambulantes Versorgungszentrum umzuwandeln. Begründet wurde die Entscheidung mit aktuellen wirtschaftlichen Problemen des Konzerns. Der Betriebsrat wurde im Vorfeld über diese Planungen nicht informiert.

Noch im Herbst 2006 war auf einer Betriebsversammlung von einer Schließung der stationären Abteilungen keine Rede. Im Gegenteil, für die nächsten Jahre waren 15 Millionen Euro an Haushaltsmitteln zur Sanierung des Hauses beantragt. So sollten die Patientenzimmer auf den Stationen vergrößert und von Vierbett- in Dreibettzimmer umgewandelt werden. Nach massiver Intervention des Betriebsrates lenkte die Geschäfts-

führung schließlich ein. In der entsprechenden Aufsichtsratsitzung Mitte Dezember wurde mit Unterstützung der Gesundheitsministerin beschlossen, die Einzellösung für den Prenzlauer Berg nicht weiter zu verfolgen, sondern ein wirtschaftliches Gesamtkonzept für das ganze Unternehmen bis April 2008 vorzulegen. Erst in diesem Zusammenhang würden etwaige notwendige Umstrukturierungen einzelner Häuser vorgestellt, in deren Erarbeitung aber die Beschäftigten und ihre Vertretungen eingebunden sein müssen.

Die Schließung des Krankenhauses, das einer der größten Arbeitgeber im Bezirk Prenzlauer Berg ist, war in der Vergangenheit schon mehrfach in der Diskussion. Doch die LINKE hatte sich bisher immer für den Erhalt des Krankenhauses Prenzlauer Berg zur wohnortnahen stationären Versorgung der Menschen im Kiez eingesetzt.

Wolfgang Albers

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Pankow lernt mit



Am 28. November 2007 gab Senator Zöllner bekannt, dass die neu zu gründende Gemeinschaftsschule in Pankow am Pilotprojekt 2008/2009 teilnehmen kann. Auf einer eigens anberaumten Veranstaltung am 12. Dezember 2007 im Bezirksamt stellte sich Frau Anders-Neufang als Schulleiterin vor.

Die neue Schule wird ein Gebäude der jetzigen K.-F. Schinkel Schule in der Erich-Weinert/Ecke Gud-

vanger Straße beziehen. Raumprobleme werde es dann nicht mehr geben. Bis Schulanfang sei dieses Gebäude so umgebaut, dass sie sowohl Raum für homo- wie heterogene Lerngruppen biete, versprach Anders-Neufang. Aufgenommen werde vorrangig nach Wohnumfeld und Geschwisterkinder.

Damit wäre auch eine weitere Kuh vom Eis. In der Diskussion blieben die Punkte Personalausstattung und Anschlussfähigkeit bei einem Wechsel zum Gymnasium. Zwar erhielten die Kinder bei einem Schulwechsel eine Benotung, die ansonsten erst mit Klasse 8 erfolge, es gäbe auch den gleichen Lehrstoff wie an den anderen Schulen, aber die Unterrichtsgestaltung könne zu einem Problem werden.

Denn Gymnasien fokussierten schon sehr früh auf Abstraktion. Auch die Personaldecke erscheint dünn, obgleich mit ErzieherInnen aufgestockt und Elternmitarbeit gewünscht werde. Anders-Neufang, die auch vielen als engagierte

Schulleiterin der Thomas-Mann-Grundschule in Erinnerung ist, bat um Zuversicht. Und in der Tat wirkten manche Bedenken als eine sich selbst erfüllende Prophezeiung, soll doch die Gemeinschaftsschule sowohl dem Inhalt als der Form nach eine aktuellere Antwort auf die dringlichen Bildungsfragen unserer Zeit darstellen.

Erfüllt sie diesen Anspruch, dann werden fast alle Fragen neu gewürfelt. Nach dem aufgeregten Sommer um die Einschulung im Prenzlauer Berg kann die Entscheidung für die Gemeinschaftsschule nur begrüßt werden.

Zum einen können nun wesentlich mehr Kinder in Pankow eingeschult, zum anderen kann die Gemeinschaftsschule hier von Anbeginn umgesetzt werden. Eine leider viel zu seltene intelligente Lösung. Ein Wermutstropfen bleibt, wenn die funktionierende Realschule K.-F. Schinkel dem Projekt weichen wird.

Lena Tietgen

Was ist links an der Neuen Linken?

Startschuss für's Programm

Der Parteivorstand will bis Mitte 2008 strategische Grundlinien für ein zukünftiges Parteiprogramm für DIE LINKE vorlegen. Mitte Oktober berief er die Programmkommission. Nach Vorlage der strategischen Grundlinien sind die Parteigliederungen im Sommer und Herbst aufgefordert, Diskussionsveranstaltungen durchzuführen.

Weil schon die programmatischen Eckpunkte vom letzten Jahr, die vor der Parteineugründung zwischen den beiden ehemaligen Parteien WASG und PDS/DIE LINKE verabredet wurden, höchst kontroversen Debattenstoff boten, hat der Bezirksvorstand erste Schritte für die Programmdebatte in Pankow verabredet. Wir wollen die extraDrei als Forum nutzen, mit den Ortsverbänden Diskussionsveranstaltungen organisieren und auf wichtige Bildungsveranstaltungen im Bezirk und im Landesverband hinweisen.

Im Programmdiskurs geht es uns nicht nur um eine kritische Analyse der Gesellschaft und um Kenntnisse verschiedener Strömungen linken

und sozialistischen Denkens aus Ost und West. Wir brauchen auch Kenntnisse über das Funktionieren unserer Gesellschaft und des direkten Umfeldes. Es geht also um die Stärkung unserer Fähigkeiten zum praktischen Handeln.

Gemeinsam mit den Ortsverbänden wollen wir öffentliche Veranstaltungen entwickeln. Zentrale Fragestellungen sollen sein: „Was ist heute links?“ bzw. „Was ist links an der Berliner Regierungspolitik“. Dazu gehören Probleme, was die Zukunft der Bezirke mit öffentlicher Daseinsvorsorge zu tun hat, genauso wie Fragen, ob die Gemeinschaftsschule ein Transformationsprojekt ist oder die neue Partei eine demokratisch-sozialistische sein wird. Ob wir eine „grüne“ Linke werden oder uns auf eine Hartz-IV-Protestpartei reduzieren? Ob wir für Vollbeschäftigung sind oder ob wir Arbeit neu denken.

DIE LINKE wird sich fragen müssen, ob sie die Globalisierung und die europäische Integration mit Rückbesinnung auf nationalstaat-

liche Politikkonzepte beantwortet will und was neu an dem finanzmarkt-basierten Kapitalismus ist?

Wir werden angesichts klammer Kassen Lösungswege zum Erhalt kommunaler Unternehmen finden müssen und ob es auch andere Gestaltungsmöglichkeiten gibt, als den Staat als Allheilmittel gegen gesellschaftliche Missstände zu greifen.

Dieses und vieles mehr wollen wir diskutieren. Auf dem Basistag im Dezember haben wir einen tollen Anfang für die Programmdebatte gemacht. Wir hoffen, es folgen lebhaftige Debatten in den Ortsverbänden. Der Ortsverband Weißensee hat schon angefangen und debattiert das Buch „DIE LINKE: Wohin verändert sie die Republik?“, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Der Bezirksvorstand will Euch bei der Organisation eurer Debatten unterstützen und bei der Suche nach Referenten helfen. Also wenn Ihr Ideen habt, her damit.

Sandra Brunner

Forum Demokratischer Sozialismus

Nur kurze Zeit nach der Gründung unserer gemeinsamen neuen Partei, die Linke, entschieden sich Mitglieder des losen Netzwerkes Forum Demokratischer Sozialismus (fds) sich in einem Zusammenschluss nach § 7 Satzung zu organisieren.

Um dies im Land Berlin zu tun, trafen sich im Oktober 58 fds-Mitglieder im Karl-Liebknecht-Haus. Stefan Liebich Mitglied des Abgeordnetenhauses und Katina Schubert Stellvertretende Parteivorsitzende sprachen einleitend über den Sinn der Bildung eines Zusammenschlusses und die Aufgaben des fds in der Programmdebatte. Dabei wurde betont: Nicht alle Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Aufrufs „Also träumen wir mit hellwacher Vernunft“, der inhaltlichen Plattform des fds, wollen in einem Zusammenschluss mitarbeiten. Für sie ändert sich am Netzwerkcharakter des fds nichts.

Der Tenor in der Diskussion jedoch war: Auch wenn die Demokrati-

schen Sozialistinnen und Sozialisten in Berlin wohl aktuell nicht in der Gefahr stehen in der neuen Partei in die Minderheit zu gera-



ten, so ist es doch sinnvoll, sich zu organisieren, um in die Programmdebatte effektiv eingreifen zu können. Dabei geht es nicht nur darum programmatische und strategische

„Errungenschaften“ der 17-jährigen PDS-Geschichte zu verteidigen, sondern darum sie weiter zu entwickeln. So wurde verabredet regelmäßig zum Stand der Programmdebatte zu beraten. Dazu sollen zu einzelnen Themen Veranstaltungen angeboten werden. Als Beispiele wurden die Themen „Bürgerrechtspartei“, „Zukunft des Sozialstaates“ und „Integrationspolitik“ genannt.

Die Gründung als Zusammenschluss nach §7 der Landessatzung erfolgte einstimmig. Zu SprecherInnen wurden Sonja Kiesbauer Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE. Berlin und Udo Wolf Mitglied des Abgeordnetenhauses gewählt. Mittlerweile hat das fds bundesweit über 250 Mitglieder, über 8 Landesverbände und damit alle formalen Kriterien eines bundesweiten Zusammenschlusses erfüllt.

Mehr Infos zum Forum Demokratischer Sozialismus gibt es unter www.forum-ds.de

Udo Wolf

Glosse

Neujahrssplitter

Niemand kennt die Zukunft, aber jeder hat Vorstellungen und Wünsche für das neue Jahr. Hier eine kleine Auswahl denkbarer fester Vorsätze für das Jahr 2008:

- Die Bundeskanzlerin möchte gerne ihren Jahresurlaub 2008 im Bundeskanzleramt in Berlin verbringen. Sie hat es satt, beinahe ohne Unterbrechungen im Ausland in fremden Betten zu schlafen und möchte gerne mit deutschem Eintopf ihren Appetit stillen.

- Nachdem das Bemühen, die Bundesbahn zu verscherbeln, vom Verkehrsminister unterstützt, gelungen ist, soll mit noch höherem Tempo am Verkauf der Autobahnen gewerkelt werden. Erste Referentenentwürfe enthalten den Vorschlag, um die Wünsche nach Volksaktien zu befriedigen, die Verkehrswege „A“ in Portionen zu je einem Kilometer anzubieten.

Die tatsächlichen Kosten, rund eine Million Euro pro Kilometer, sollen die Grundlage für die Wertbestimmung der Aktie sein. So können

auch die Bundesbürger zu Reichtum kommen.

- Der Umweltminister bereitet eine Gesetzesvorlage zur Besteuerung der Rinderzüchtenden Landwirtschaftsbetriebe vor. Jede Kuh entlässt umweltschädliches Methan in die Umwelt. Die Menge entspricht dem Kohlendioxid, das von einem mittleren PKW produziert wird, wenn er 20.000 Kilometer im Jahr über die Straßen rollt. Gleichbehandlung aller ist nun mal in der Verfassung vorgeschrieben.

- Der Verteidigungsminister beabsichtigt, schon im Januar zu Konsultationen in die USA zu reisen, um sich neue Einsatzgebiete für die Bundeswehr für 2008 und Folgejahre zuweisen zu lassen. Deutsche Tüchtigkeit und technisches Know-how sollen unter echten Einsatzbedingungen erprobt werden können. Die Ausbildungsbedingungen in Deutschland sind schließlich unzureichend, um ganze Männer auf dem militärischen Weltmarkt anbieten zu können.

- Der Wirtschaftsminister hat schon in diesem Jahr geträumt, er könne die Stromkonzerne enteignen. Eine Offenlegung der Preiskalkulation wäre dann nicht mehr erforderlich. So könnte auch den unangemessen hohen Preiserhöhungen Einhalt geboten werden.

- Der Innenminister Schäuble wünscht zum ersten Bundestrojaner ernannt zu werden.

- Der Berliner Finanzsenator Sarrazin (SPD) will eine Arbeitsgruppe berufen, die nach einem Schlüssel sucht, um die Schulden des Landes Berlin vollständig auf die Bezirke zu verteilen. Der Landesshaushalt kann dann zukunftsfähig beschlossen werden.

- Der Landesvorsitzende der Linkspartei will sich erinnern, dass die Mitglieder seiner Partei noch immer auf die Anrede „Genosse“ freundlich reagieren.

- Frau von der Leyen bereitet sich zielstrebig auf die Teilnahme an einem „Komasaufen für dreizehnjährige Mädchen“ vor.

WANNWOWASWANNWOWASWANN

14. Januar

18 Uhr

Sitzung der Linksfraktion in der BVV, im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

04. Februar

18 Uhr

Sitzung der Linksfraktion in der BVV, im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

18. Februar

18 Uhr

Sitzung der Linksfraktion in der BVV, im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

18. Januar

18 Uhr

Basistag DIE LINKE Pankow, in der Geschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76

06. Februar

17.30 Uhr

13. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, im Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

25. Februar

19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes DIE LINKE Pankow, in der Geschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76

21. Januar

19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes DIE LINKE Pankow, in der Geschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76

07. Februar

19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes DIE LINKE Pankow, in der Geschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76

28. Februar

18 Uhr

Basistag DIE LINKE Pankow, in der Geschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76

23. Januar

17.30 Uhr

Fortsetzung der 12. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, im Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

11. Februar

18 Uhr

Sitzung der Linksfraktion in der BVV, im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

08. März

10 Uhr

2. Tagung der 1. Hauptversammlung DIE LINKE Pankow, u.a. Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag, im Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10. Januar 2008
Druck: double express Auflage: 8.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei
erscheint am **29. Februar 2008**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.